



pax_zeit

1_2026

Sudan





atomwaffenfrei.jetzt: Atombomben abziehen!

Martin Singe, pax christi Bonn

Martin, du vertrittst pax christi im Aktionsbündnis "atomwaffenfrei.jetzt". Was sind eure wichtigsten Forderungen?

Wir fordern den Abzug der US-Atombomben aus Büchel, die Beendigung der nuklearen Teilhabe in der NATO und den Beitritt Deutschlands zum seit 2021 gültigen UN-Atomwaffenverbotsvertrag. Alle Planungen einer europäischen Nuklearrüstung oder gar deutschen Atombombe sind zu stoppen! Abrüstungsverhandlungen und Orientierung auf Gemeinsame Sicherheit sind anzustreben.

Was ist in den kommenden Monaten an Aktivitäten geplant?

Zum 30. Jahrestag des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs, das Atomwaffen als generell völkerrechtswidrig bezeichnet hat, und den Gedenktagen zu Hiroshima und Nagasaki werden bundesweit Aktionen stattfinden, ebenso im Oktober gegen das Atomkriegsmanöver der NATO. Am Atomwaffenstandort Büchel gibt es regelmäßig Gebete und Proteste.



atomwaffenfrei.de

Editorial

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

Sie halten die erste Ausgabe dieses Jahres unserer pax_zeit in den Händen, in der wir uns wieder Themen zuwenden, die für unser gemeinsames friedensbewegtes Denken und Handeln von großem Interesse sind. Wir hoffen, damit zu informieren und zu inspirieren. Mit Hager Ali, Sarah Reinke und der Kommission Solidarität mit Zentralafrika werfen wir einen Blick auf einen in den deutschen Medien wenig beachteten, aber sehr verheerenden und opferreichen Konflikt – den im Sudan.

Außerdem beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe mit dem Völkerrecht und unsere Autoren Hans-Joachim Heintze, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von pax christi, und die Koordinator:innen des New-Foundation-Projektes erhellen für uns die Wirkungsweise, Notwendigkeit und Reformbedarfe dieser für den Frieden so wichtigen Institutionen.

Eine für Friedensfragen in Palästina und Israel wichtige Konferenz und ein daraus entstandenes Papier bespricht für uns Wiltrud Rösch-Metzler – Vorsitzende des Diözesanverbandes Rottenburg-Stuttgart. Über die Aktivitäten rund um die Friedensdekade 2026 in Gelnhausen berichtet unser Redakteur Joachim Haas-Feldmann und Christian Wilhelm erinnert an die im November verstorbene, ehemalige Geschäftsführerin der Regionalstelle Ost, Marianne Kurek.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen dieser Ausgabe viel Freude.

Herzlichst Ihre

Esther Mydla

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. **Herausgeber** pax christi Deutsche Sektion e. V., **Redaktion** Esther Mydla (verantw.), Claudia Dichtl, Joachim Haas-Feldmann, Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg **Titelfoto** Stefanie Grolig, Gesellschaft für bedrohte Völker **Gesamtherstellung** Eva Begemann & Fabian Wilczek, Büro Q_ & **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 02_2026: 02.04.2026

Inhalt

Schwerpunkt Sudan

- 4** **Der unbekannte Krieg**
Hager Ali im Interview
- 6** **Krieg gegen die Zivil-
bevölkerung im Sudan**
Sarah Reinke
- 8** **Dramatische Lage im Sudan**
Kommission Solidarität mit Zentralafrika

Völkerrecht

- 10** **Ist Völkerrecht durchsetzbar?**
Hans-Joachim Heintze

Nahost

- 12** **Kirchen sollen sich mit
prophetischen jüdischen Stimmen
solidarisieren**
Wiltrud Rösch-Metzler

PCI

- 14** **„Wenn du Frieden willst, schaffe
Institutionen des Friedens“**
Ghislain Le Ray und Farah Sakr

Aus den Gruppen

- 16** **„Couragiert widerständig“**
Joachim Haas-Feldmann

Nachruf

- 18** **Liebenswürdig und engagiert**
Christian Wilhelm

Glaube Perspektive

- 19** **Universalismus als
Menschheitsethos**
Werner Höbsch



Hager Ali, Mitarbeiterin im German Institute for Global and Area Studies in Hamburg, bezeichnet im Interview mit der pax_zeit den Krieg im Sudan als einen unbekannten. Sarah Reinke, die eng mit einer sudanesischen Frauenrechtsorganisation zusammenarbeitet, resümiert, der Sudan bekomme viel zu wenig Aufmerksamkeit. Dem möchten wir ein Stück weit entgegenwirken mit unserem Themenschwerpunkt zum Sudan auf den folgenden Seiten.



Der unbekannte Krieg

Hager Ali vom German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg im Interview mit Joachim Haas-Feldmann

Über den langen Weg zum Frieden im Sudan

Was und wer heizt den Bürgerkrieg im Sudan von außen an?

Das Ziel der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) und der sudanesischen Streitkräfte (SAF) ist, nicht die Ersten zu sein, denen Waffen und Munition ausgehen. Das gleicht einer Never-Ending-Story, angeheizt durch ein breites Netzwerk an Waffenlieferanten. Der Sudan ist eingebettet in ein System von Waffenschmuggel in der Sahelzone. Russische

oder indigene Söldner schmuggeln schon seit Jahrzehnten Waffen – und zwar auf fast identischen Routen wie Drogen und Menschen. Diese Hotspots sind häufig an den Landesgrenzen, wo sich der Kampf im Sudan hin verlagert hat, sodass die RSF schneller auf bestehende Schmuggelrouten zugreifen konnte. Vorher haben sie sich ihre Waffendepots mit den SAF geteilt. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mischen



mit beim Gold- und Waffenschmuggel, hauptsächlich über die schwierig zu überwachenden Grenzen in der Darfur-Region. Die sudanesischen Streitkräfte wiederum erhielten Waffen aus der Türkei und dem Iran. Russland war schon vor dem Krieg wichtiger Ausstatter der sudanesischen Armee.

Ist Deutschland durch Waffenlieferungen an die VAE – 2023 bis 2025 im Wert einer Viertelmilliarde Euro – indirekt in den Sudan-Krieg verwickelt?

Es ist nicht auszuschließen. Das formuliere ich bewusst so, weil es oft so ist, dass die VAE nicht direkt in den Sudan liefern, um die Nachverfolgbarkeit besonders schwer zu machen. Deutsche Waffenlieferungen, die an die VAE gehen und potenziell in andere Konflikte in der Region geraten, können womöglich über Umwege in den Sudan gelangen. Wir wissen, dass die VAE Ausrüstung aus dem Vereinigten Königreich bewusst in den Sudan geschmuggelt haben. Gerne vergessen wird, dass die RSF teilweise auch von der EU – also von Deutschland inklusive – finanziert wurden, da sie vor dem Beginn des Krieges im Auftrag der Grenzkontrolle aktiv waren und die Grenze vom Tschad in den Sudan wegen der Migrationsströme mitbewacht haben.

Ihr Institut berät die Bundesregierung, das Auswärtige Amt und Ministerien. Inwieweit sind solche Verstrickungen dabei Thema?

Die Formulierung „nicht auszuschließen“ benutze ich, weil die Beweisketten sicherzustellen sehr schwierig sind. Die VAE müsste man eigentlich sanktionieren für ihren Verstoß gegen Waffenembargos, womit sie auch Friedensverhandlungen im Weg stehen. Zugleich ist die Festlegung der Kriegsbeteiligung unter anderem durch die VAE schwierig. Da kommt man in der internationalen Gesetzgebung in Grauzonen, die wiederum von Akteuren wie eben der VAE ausgenutzt werden. Und eine Strategie dabei ist es, Waffen, die man auf legalen Wegen erhalten hat, von anderen Akteuren zunächst irgendwohin zu senden, weil das schwerer nachzuweisen ist als der direkte Lieferweg.

Hat die deutsche Zurückhaltung auch damit zu tun, dass die VAE auf dem Energiesektor sehr wichtig erscheinen?

Wir haben durch den Krieg in der Ukraine und die zunehmende Isolation Russlands Energiebedarfe, die anderswoher gedeckt werden müssen. Und da haben sich die VAE als strategisch bedeutungsvoller Partner im Energiesektor erwiesen, mit dem man es sich im Zweifel nicht verscherzen möchte. In

der Energieversorgung aus alternativen Quellen und durch neue Technologien sind die VAE derzeit Vorreiter. Der Sudan ist außenpolitisch nicht wichtig genug, um eine nicht mehr lückenlose Energieversorgung zu riskieren.

Jenseits der Waffenexport-Debatte ist die derzeit größte humanitäre Katastrophe durch den Krieg in der deutschen Öffentlichkeit oft eher eine Randnotiz. Wie lässt sich das ändern?

Das beginnt schon damit, wie wir die Relevanz dieser Konflikte für uns bewerten. Beim Sudan hört das politische Interesse oft bei der Frage auf, ob dieser Krieg befördert, dass Geflüchtete zu uns kommen. In der Realität ist es aber so, dass es nicht viele nach Europa schaffen, sondern eher in Nachbarländer fliehen oder innerhalb des Landes. Zudem geht es um ein Land und einen Krieg, über den wenig bekannt ist – und über den schwer zu berichten ist, auch weil sich die jahrelange Vorgeschichte nicht so einfach herunterbrechen lässt. Das gilt auch für die Forschung mit einer Datenlage, die absolut katastrophal ist. Selbst auf Social Media war lange nicht viel zum Sudan zu sehen, außer man hat aktiv danach gesucht.

Was hilft den kriegsgeplagten Menschen im Sudan?

Die Finanzierung von humanitärer Hilfe. Das muss strukturell über unsere Regierung angegangen werden. Leider haben sich die Prioritäten der Bundesregierung bei der Entwicklungshilfe stark geändert, zumal man damit derzeit auch nicht im Wahlkampf punkten kann. Das haben wir auch in der Umstrukturierung des Auswärtigen Amtes gesehen, das jetzt auf andere Schwerpunkte setzt. International haben wir ohne die Entwicklungsbehörde USAID ein enormes finanzielles Loch in der Unterstützung. Auch das Zeitalter der klassischen Peacekeeping- und Stabilisierungseinsätze ist spätestens seit dem MINUSMA-Einsatz in Mali vorbei. Am Sudan müsste man absehbar über Jahrzehnte dranbleiben und hätte vielleicht auch keine einschlagenden Erfolge. Die Lage im Sudan ist derzeit katastrophal und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Wenn man das verstanden hat, könnte ein Umdenken kommen, dass man Befriedung auf lange Sicht ansetzen muss und nicht nur bis zum nächsten Waffenstillstand.

Hager Ali ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des GIGA in Hamburg sowie freischaffende Journalistin. Im Dezember 2025 war sie auf Einladung von pax christi Rhein-Main Gast im Haus am Dom in Frankfurt und sprach dort über den Sudan.

Das Interview führte Joachim Haas-Feldmann, Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Krieg gegen die Zivilbevölkerung im Sudan

Sarah Reinke

Wir waren frei. Wir waren sicher. Dieses Leben haben sie uns genommen.

Im Sommer vergangenen Jahres sitze ich gemeinsam mit Frauen aus dem Sudan und Sudanesen, die hier als Geflüchtete leben, in einer kleinen Wohnung in Genf. Im Fernseher läuft ein sudanesisches Programm: Es zeigt unversehrte Landschaften und fröhliche Menschen. „Das war unser Leben. Nach der Arbeit fuhren wir an den Nil, trafen Freunde und Familie, hörten Musik, picknickten, sangen und spielten mit den Kindern. Wir waren frei. Wir waren sicher. Dieses Leben haben sie uns genommen“, erzählt eine der anwesenden Frauen. Der Sudan ist in ihren Erzählungen lebendig: die Musik und Filme, die Jahrtausende alte Kultur, die Landschaften am Weißen und Blauen Nil im drittgrößten Land Afrikas, das Heimat für Menschen unterschiedlichster Herkunft ist.

Von diesem Leben ist kaum etwas übrig. Seit fast drei Jahren herrscht wieder Krieg im Sudan. Menschenrechtsorganisationen und UN-Vertreter sprechen von der größten humanitären Katastrophe weltweit - trotzdem bekommt der Sudan viel zu wenig Aufmerksamkeit.

Über 30 Millionen Menschen brauchen humanitäre Hilfe

Ich bin in Genf, um gemeinsam mit fünf Frauen aus dem Sudan an der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates teilzunehmen. Als zuständige Referentin der Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) arbeite ich eng mit der sudanesischen Frauenrechtsorganisation Bana Group for Peace and Development zusammen. In Genf wollen wir die Not der Menschen zum Thema machen, Staatenvertreter zum Handeln bringen und langfristige Partnerschaften aufbauen.

Die Sudanesischen berichten der UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen, der UN-Fact Finding Mission für den Sudan und vielen anderen von völlig enthemmter Gewalt

gegen die Zivilbevölkerung, und davon, dass Vergewaltigungen und Hunger systematisch als Waffen eingesetzt werden. Nur in einzelnen Schicksalen werden die unermesslichen Zahlen greifbar: 14 Millionen Menschen sind auf der Flucht, über 30 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. 19 Millionen Kinder können wegen des Krieges nicht zur Schule gehen. Wie viele Menschen bislang umgekommen sind, ist unbekannt. Schätzungen, etwa die des früheren US-Beauftragten für den Sudan, gehen von bis zu 400.000 Toten aus. Trotz des enormen Leids ignorieren Medien und Politik diesen Krieg weitgehend. Doch im Herbst 2025 erregten Massaker in Nord-Darfur für wenige Wochen internationale Aufmerksamkeit.

Gräueltaten und Massenvertreibungen

Am 26. November hatten die ‚Rapid Support Forces‘ (RSF) El Fasher nach einer 500-tägigen Belagerung eingenommen. Die RSF unter dem Kommando von General Mohamed Hamdan Dagalo (‚Hemedti‘) gingen aus den ‚Janjaweed‘ hervor – berittenen hauptsächlich arabisch-stämmigen Milizen, die hauptverantwortlich für den Völkermord 2003-2007 in Darfur waren. Damals kämpfte auch General Abdel Fattah al-Burhan, heute Chef der ‚Sudanese Armed Forces‘ (SAF), an der Seite Dagalos. Seit April 2024 sind al-Burhan und Dagalo erbitterte Gegner, haben sich verbündete Milizen gesucht, und reißen, jeweils unterstützt von unterschiedlichen ausländischen Akteuren, das Land in den Abgrund. Erneut sind die RSF für einen Großteil der entsetzlichen Gewalt gegen die Zivilbevölkerung verantwortlich. Diese richtet sich besonders gegen Menschen afrikanischer Abstammung, wie schon 2003 bis 2007. Mindestens 60.000 Menschen sollen bei den Massakern in El Fasher getötet worden sein. Kurze Zeit später starteten die RSF neue Offensiven in Nord-Kordofan. Von dort erreichten uns Anfang des Jahres erschütternde Nachrichten über weitere Gräueltaten und Massenvertreibungen.

Zahlreiche Länder befeuern den Krieg im Sudan

Ohne massive Unterstützung aus dem Ausland könnten weder die RSF noch die SAF weiter Krieg führen. Wichtigster Kriegstreiber sind die Vereinigten Arabischen Emirate, die die RSF mit Waffen beliefern, im Gegenzug für Land und Gold. Ägypten, Saudi-Arabien, die Türkei, Russland und China unterstützen die eine oder andere Seite. Hauptziel der EU, so jedenfalls mein Eindruck nach mehreren Gesprächen, ist es, Geflüchtete abzuhalten, während gleichzeitig weiter Geschäfte mit den Kriegstreibern gemacht werden. Vor diesem Hintergrund wirken alle bisherigen Vermittlungsbemühungen bestenfalls halbherzig.

Der Sudan ist zu einem Beispiel geworden, was passiert, wenn die rechtsbasierte Ordnung, internationale Mechanismen, die UN und das Völkerrecht außer Kraft gesetzt werden. Die USA haben ihre Hilfslieferungen gestoppt, weitere Regierungen kürzen die humanitäre Hilfe. Die eigene Regierung kämpft gegen die Zivilbevölkerung und niemand schützt sie. Im Gegenteil, brutalisierte Milizen, Goldhändler, Waffenschieber und Warlords begehen ungestraft Kriegsverbrechen, die Straflosigkeit fördert neue Gewalt.

Frauendelegation aus dem Sudan vor den UN in Genf



Foto: Sarah Reinke

Die sudanesische Menschenrechtsverteidigerin Mai Ali gemeinsam mit Sarah Reinke von der Gesellschaft für bedrohte Völker während der Delegationsreise zu den UN



Foto: Sarah Reinke

Einsatz für bedrohte Menschen

Es ist allein der sudanesischen Zivilgesellschaft zu verdanken, dass nicht noch mehr Leid passiert, noch mehr Menschen verhungern und ermordet werden. Die landesweit aufgestellten „Emergency Response Rooms“, Träger des alternativen Nobelpreises 2025, organisieren lokal Hilfe und sind Stimmen für Demokratie und Frieden. Frauenrechtsorganisationen, Jugendverbände und Lehrergewerkschaften setzen sich unter höchstem persönlichen Risiko für ihre Mitmenschen ein. Ihre Arbeit ist den Kriegsparteien ein Dorn im Auge und sie werden über die Grenzen des Sudan hinweg erbarmungslos verfolgt. Selbst in Genf, auf dem Gelände der UN, wurde unsere Delegation bedrängt, Vertreter der sudanesischen Botschaft versuchten mehrfach die Frauen einzuschüchtern. Unsere Aufgabe ist es, ihnen zuzuhören, sie zu stärken und unseren Regierungen in Europa immer wieder den Spiegel vorzuhalten. Denn Europa trägt eine Mitverantwortung für das Sterben im Sudan.

Sarah Reinke ist die Geschäftsleiterin Menschenrechte bei der Gesellschaft für bedrohte Völker e.V., sie ist dort für die Arbeit zu Osteuropa und Russland sowie den Sudan zuständig.

Dramatische Lage im Sudan

Auszüge aus dem Factsheet der pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika

Größte humanitäre Krise der Welt

Im April 2023 eskalierte ein innenpolitischer Konflikt zum offenen Krieg im Sudan. Dies führte innerhalb kurzer Zeit zu der weltweit größten humanitären Krise unserer Zeit: Schätzungen zufolge fielen seit April 2023 über hunderttausend Menschen den Kampfhandlungen zum Opfer, darunter zahlreiche Zivilist:innen.

Konfliktursachen und Dynamik

Der Ausbruch dieses Konflikts geht auf den Machtkampf zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) unter Abdel Fattah al-Burhan und den paramilitärischen sogenannten Rapid Support Forces (RSF) unter Mohamed Hamdan „Hemedti“ Dagalo zurück. Auslöser war das Scheitern der Integration der RSF in die reguläre Armee. Im Kern geht es um die Kontrolle über Staat, Ressourcen und strategische Infrastruktur, darunter Goldvorkommen und den Zugang zum Roten Meer. Neben SAF und RSF sind in Regionen wie Darfur und South Kordofan auch zahlreiche Milizen und Rebellengruppen aktiv, was zu einer zunehmenden Fragmentierung des Konflikts führt.

Hintergrund

Der Sturz des langjährigen Diktators Omar al-Bashirs 2019 folgte auf Massenproteste, maßgeblich getragen von jungen Menschen. Die hoffnungsvolle Übergangsregierung scheiterte, es kam zu neuen Machtkämpfen, zuletzt mit dem Militärputsch im Oktober 2021, bei dem al-Burhan und Dagalo zusammenwirkten. Erklärtes Ziel war eine Übergangsregierung, die den Weg zu einer vom Volk gewählten Regierung freimachen sollte. Dazu kam es jedoch nicht, stattdessen entzweiten sich die Verbündeten und rissen ein ganzes Land mit sich.

Interne Machtkämpfe und externe Einmischung

Der Konflikt wird zwischen SAF und RSF ausgetragen, aber durch ausländische Unterstützung weiter angeheizt. Die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen externer Akteure – darunter die Vereinigten Arabischen Emirate (insbesondere logistische und militärische Unterstützung für die RSF über Tschad und Libyen), Ägypten (enge Bindung an die SAF), Saudi-Arabien, der Iran und russische Akteure (Goldabbau, Verhandlungen über Militärpräsenz) – sind zentrale Triebkräfte. Die internationalen Vorwürfe gegen die Vereinigten Arabischen Emirate hinsichtlich Waffen- und Geldlieferungen an die RSF werden von diesen zurückgewiesen,

die Lage bleibt Gegenstand diplomatischer Spannungen. Die Beweislage für Waffenlieferungen und auch für den Einsatz ausländischer Legionäre ist ziemlich eindeutig.

Vermittlungsversuche

Trotz diverser Vermittlungsinitiativen (UN, Afrikanische Union, Intergovernmental Authority on Development, EU, Golfstaaten und USA) konnte bislang keine nachhaltige Waffenruhe erzielt werden. Die internationale Gemeinschaft, darunter auch Deutschland, setzt sich weiterhin für eine sofortige Feuerpause, humanitären Zugang und einen politischen Prozess unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft ein.



Humanitäre, strategische und regionale Folgen

- Über zwölf Millionen Binnenvertriebene und Geflüchtete, Millionen ohne Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung.
- Insgesamt sind über 25 Millionen Menschen, darunter rund 14 Millionen Kinder, auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele Kinder besuchen keine Schule mehr.
- Weitgehender Kollaps von Gesundheitssystem und Versorgungsketten.
- Zunahme lokaler Gewalt, ethnischer Konflikte, Radikalisierung – insbesondere im Westen (Darfur).
- Regionale Destabilisierung, neue Fluchtbewegungen und wachsende Risiken für benachbarte Staaten im gesamten Horn von Afrika.

Wir appellieren an die Bundesregierung und an die Mitglieder des Bundestages:

- Luftbrücke zur humanitären Hilfe sowie für die Öffnung sicherer humanitärer Korridore zum Schutz der Bevölkerung. Hierfür ist eine UN-Beobachtermission dringend erforderlich.
- Erhöhung der humanitären Hilfe für den Sudan und entsprechende Appelle an die internationale Gemeinschaft.
- Diplomatischer Druck auf alle verantwortlichen Akteure, einschließlich ausländischer Unterstützer, insbesondere auf die Vereinigten Arabischen Emirate, um ein UN-Waffenembargo durchzusetzen. Die skrupellose internationale Unterstützung für die Konfliktparteien muss benannt und die entsprechenden Staaten politisch und völkerrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass keine Waffen aus deutscher Produktion in das Land gelangen.
- Einsatz im Sinne einer Friedensökonomie für eine kritische Untersuchung und entsprechende Steuerung der Lieferketten bei der Rohstoffausbeute, die letztlich die militärische Gewalt finanzieren. Dabei sollen die Vereinten Nationen proaktiv beteiligt sein.
- Unterstützung eines politischen Übergangs: Nur ein inklusiver und nachhaltiger politischer Prozess kann langfristig Frieden und eine zivile Regierung ermöglichen. Dazu muss eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen in Absprache mit allen Akteuren inklusive der Zivilgesellschaft eine Roadmap erstellen.
- Unterstützung von afrikanisch geführten Vermittlungsinitiativen (z. B. AU/ IGAD) und die Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen.



Sie finden das Factsheet auf paxchristi.de. Dort gibt es auch weiterführende Links zum Thema.

Ist Völkerrecht durchsetzbar?

Hans-Joachim Heintze

Absicherung des friedlichen Zusammenlebens von Staaten ermöglichen

Unter den Menschen macht sich Ratlosigkeit breit. Russland geht militärisch gegen die Ukraine vor und die USA erklären ihren Anspruch auf Grönland, das ein Teilgebiet des Staates Dänemark ist. Die NATO erweitert sich, kann aber ohne die USA ihre Abschreckungswirkung nicht glaubhaft machen. Die USA wiederum beschlagnahmen Tankschiffe fremder Staaten in internationalen Gewässern, was dem Seerecht widerspricht. Im deutschen Luftraum tauchen Drohnen auf, deren Herkunft und Ziel unklar sind. Die Liste ließe sich fortsetzen, aber die Politik ist sich nicht einig, wie die internationale Sicherheit wiederhergestellt werden soll. Damit stellt sich die Frage: Was kann das Völkerrecht?

Wie Völkerrecht zustande kommt

Völkerrecht ist wie alles Recht verbindlich und muss eingehalten werden, sonst drohen Sanktionen. Anders als das nationale Recht wird das Völkerrecht nicht durch ein Parlament gesetzt. Eine solche Rechtschaffung ist nicht möglich, weil die Subjekte des Völkerrechts keine rechtunterworfenen Einheiten sind, sondern souveräne Staaten. Folglich muss Völkerrecht vereinbart werden und Staaten müssen freiwillig zustimmen, um daran gebunden zu sein. Diese Freiwilligkeit des Beitritts zu völkerrechtlichen Vereinbarungen führt auch dazu, dass es zu seiner Durchsetzung grundsätzlich keiner Polizei und Staatsanwaltschaft bedarf. Da die Hauptaufgaben des Völkerrechts aber die Absicherung des friedlichen Zusammenlebens sind, bedürfen die diesbezüglich vereinbarten Normen auch einer gewissen Absicherung. Die zeigt sich anschaulich an dem Friedenssicherungsmechanismus der UNO.

Gewaltanwendung ist verboten

Art. 2 (4) der UN-Charta verbietet die Anwendung militärischer Gewalt. Diese Norm ist für alle Staaten zwingend verbindlich, denn alle Staaten gehören der UNO an und haben bei der Antragstellung zur Mitgliedschaft in der Weltorganisation erklärt, dass sie die Charta einhalten werden. Durch die Entwicklung der Waffentechnik veränderte sich das Bild des Krieges. Der Erste Weltkrieg forderte ungeheure Opfer und überzog Europa mit großer Not. Dennoch konnten sich die Gründerstaaten des Völkerbundes nicht dazu entschließen, ein Kriegsverbot in die Statuten dieser Organisation aufzunehmen. Vielmehr

wurde lediglich festgeschrieben, dass die Staaten zuerst eine friedliche Streitbeilegung versuchen müssten, bevor sie dann den Streitfall durch Gewaltanwendung lösen könnten. Die führenden Mächte der damaligen Zeit erkannten die Schwäche dieser Konstruktion, und Frankreich und die USA schlossen nach langen Verhandlungen den Briand-Kellogg-Pakt, der die Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen verbietet. Ein großer Erfolg und die Geburtsstunde eines neuen Völkerrechts. Dennoch konnte der Pakt den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht verhindern. Warum?

Durchsetzungsmechanismus bei Gewaltanwendungen

Die Lehre, die die Gründungsstaaten der UNO aus dem Scheitern des Briand-Kellogg Pakts zogen, war die Vereinbarung des Kapitels VII der UN-Charta. Dieses Kapitel befasst sich mit dem Vorgehen der Weltorganisation bei Friedensbedrohungen und -verletzungen. Zuständig dafür ist der UN-Sicherheitsrat.

Wird der Sicherheitsrat durch einen Resolutionsentwurf auf eine Situation aufmerksam gemacht, so muss der Rat nach Art. 39 UN-Charta entscheiden, ob es sich dabei um eine Friedensbedrohung oder Gewaltanwendung handelt. Die auf einem völkerrechtlichen Vertrag beruhende Zuständigkeit des Sicherheitsrates führt letztlich zu einer politischen Reaktion und nicht zu einem Urteil. Von dieser politisch motivierten Entscheidung ausgehend hat der Rat weitgehende Kompetenzen, denn er kann den von ihm identifizierten Friedenstörer mit Sanktionen belegen. Diese sind in der ersten Stufe nicht-militärischer Art, z. B. Handelsboykotte, Kommunikationsunterbrechungen und Flugverbote. Erweisen sich diese Maßnahmen als nicht hinreichend, so können als nächste Stufe auch militärische Maßnahmen ergriffen werden. Dann könnten UN-Truppen die Wiederherstellung des Friedens gewaltsam erzwingen.

Was geschieht, wenn der Rat nicht handelt?

Der russische Aggressionskrieg gegen die Ukraine war ein solch offensichtlicher Bruch des Völkerrechts, dass die USA



unmittelbar einen Resolutionsentwurf im Sicherheitsrat einbrachten, der die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen und den Rückzug der Okkupationstruppen forderte. Bei der Abstimmung legte Russland ein Veto ein, sodass der Tagesordnungspunkt von der Agenda des Sicherheitsrates gestrichen wurde. Dies ermöglichte die Einberufung einer Sondernotstandssitzung der Generalversammlung zum Thema der russischen Aggression. Da die Verfahrensregeln der Generalversammlung kein Vetorecht kennen, kam eine Resolution mit 134 Ja-Stimmen zustande, die eine eindeutige Verurteilung enthält. Freilich, anders als eine Resolution des Sicherheitsrates sind solche der Generalversammlung nicht rechtsverbindlich. Aber das heißt nicht viel, denn auch die rechtsverbindlichen Entschlüsse des Rates müssen letztlich politisch durchgesetzt werden. Im Fall der Ukraine-Resolution entstand für Russland ein erheblicher Gesichtverlust und

eine weitreichende Isolierung des Landes. Rechtstreue Staaten und die Zivilgesellschaft können dieses Dokument nutzen, um Einfluss zu nehmen und Russland politisch zwingen, von dem rechtswidrigen Tun abzugehen. Die öffentliche Meinung, und das soll die Schlussfolgerung sein, ist ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung des Völkerrechts. Sie erzwingt letztlich ein rechtstreu Verhalten.

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze ist Professor an der Universität Bochum im Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von pax christi.



Kirchen sollen sich mit prophetischen jüdischen Stimmen solidarisieren

Wiltrud Rösch-Metzler

Kairos-Palästina Dokument zu „Glaube in Zeiten des Völkermords“

„Wir sahen, wie unser Volk die Hoffnung verlor, während Kirchen auf der ganzen Welt zögerten – einige schwiegen, andere stellten sich auf die Seite der Macht“, hat Mays Nassar von der ökumenischen Kairos-Palästina-Initiative berichtet und damit die Dringlichkeit des neuen Kairos-Dokuments unterstrichen. Auf der 16. Kairos-Tagung im November 2025 in Betlehem wurde es schließlich als eine christliche Antwort auf Völkermord, Apartheid und Siedlerkolonialismus veröffentlicht.

Das Verfassen von Kairos II sei ein Akt der Klage, sagte Pfarrer Munther Issaak. „Manche mögen sagen, dass es töricht ist, nach einem so tiefgreifenden globalen Versagen jetzt noch stärkere Forderungen zu stellen. Aber Treue sieht für die Mächtigen dieser Welt manchmal wie Torheit aus. Wir schreiben, weil Widerstandsfähigkeit, sumud, sich weigert,

der Verzweiflung das letzte Wort zu überlassen. Und weil wir nicht aufgehört haben, an Gott zu glauben, an seine Güte, an seine Gerechtigkeit, und ja – wir haben nicht aufgehört zu glauben, dass die Kirche noch etwas bewirken kann.“ Nach monatelangem Schreib- und Diskussionsprozess wurde das neue Kairos-Dokument unter dem Titel „Die Stunde der Wahrheit: Glaube in Zeiten des Völkermords“ der Öffentlichkeit vorgestellt.

Hoffnung wurzelt in unserem Schöpfer

Der emeritierte Patriarch und ehemalige Präsident von Pax Christi International, Michel Sabbah, sagte in seinem Grußwort: „Unsere Hoffnung wurzelt in unserem Schöpfer und in euch, die ihr uns in Solidarität unterstützt. Was ist die Theologie nach dem Genozid in Gaza? Uns wurde klar gesagt: Ihr,

Gespräch der Pax Christi International Delegation mit dem über 90jährigen emeritierten Patriarchen von Jerusalem und ehemaligen Internationalen Pax Christi Präsidenten Michel Sabbah



das palästinensische Volk, sollten nicht existieren.“ Der Vertreter des Weltkirchenrates erklärte sich solidarisch: „Ihr seid nicht allein. Die Weltkirchen stehen an eurer Seite.“

Unter den 200 Teilnehmenden war eine Pax Christi International-Delegation aus Brüssel, USA, England und Deutschland. „Der Schock, dass die Kirchen die Sicht der Besatzer übernommen haben oder schweigen“, war für den protestantischen Gemeindepfarrer von Ramallah, Munther Isaak, Anstoß, Kairos II mitzuverfassen. „Wir erkennen jedoch die vielen Organisationen, Volksbewegungen, Kirchen, Führer und Einzelpersonen aus aller Welt an, die sich solidarisch mit den Palästinenser:innen in Gaza gezeigt und dafür oft einen hohen Preis bezahlt haben“, erklärte Mitverfasserin Muna Mushahwar. Zur israelischen Besatzungspolitik sagte sie: Für die derzeitige rechtsgerichtete zionistische israelische Regierung „sind wir als Volk dazu bestimmt, vertrieben zu werden, zu sterben oder uns zu unterwerfen. Während sie ihre Gräueltaten in Gaza verübt, fährt sie fort, Land in Jerusalem und im Westjordanland zu stehlen. Sie lässt ihren fanatischen Siedlermilizen freie Hand, um in palästinensischen Dörfern und Beduinen-Gemeinden Verwüstungen anzurichten, Lebensgrundlagen zu zerstören, ungestraft zu morden und das Leben unseres Volkes unerträglich zu machen. Kontrollpunkte plagen das Westjordanland und schneiden Lebensadern ab. Städte werden durch Belagerungen und Hauszerstörungen terrorisiert.“ Unter dem Vorwand der Selbstverteidigung habe Israel systematisch versucht, alle Organisationen zu zerstören, die Palästinenser:innen das Überleben sichern.

Gegen Krieg und Zionismus

Neu ist im Kairos II-Dokument die strikte Ablehnung des Begriffs „Konflikt“. „Israel ist eine koloniale, siedlerische und ausgrenzende Einheit, die auf der Vertreibung der indigenen

Bevölkerung und deren Ersetzung durch neue Siedler aufgebaut ist. Daher lehnen wir das Konzept des ‚Konflikts‘ grundsätzlich ab“, heißt es dort. Die Realität vor Ort sei vielmehr „Tyrannei und ein unterdrückerisches Regime des Siedlerkolonialismus und der Apartheid“.

Kairos II würdigt ausdrücklich die wachsende Zahl jüdischer Stimmen, die sich gegen Krieg und Zionismus aussprechen. „In ihnen finden wir Partner in unserer gemeinsamen Menschlichkeit und im Kampf für Freiheit und Menschenwürde. Wir rufen die Kirchen auf, ihnen mehr Gehör zu verschaffen.“

Kairos II bekennt sich, wie schon vor 16 Jahren in Kairos I, zum gewaltfreien Widerstand aus Liebe: „In einer Zeit, in der der palästinensische Widerstand und globale Solidaritätsbewegungen kriminalisiert werden, bekräftigen wir das Recht aller kolonialisierten Völker, sich gegen ihre Kolonialherren zu wehren ... Wir schätzen die globalen Bewegungen des Widerstands, der Fürsprache und des Drucks der Bevölkerung, die sich dafür einsetzen, Regierungen und internationale Gremien zur Rechenschaft zu ziehen – indem sie Israel durch Boykotte und Sanktionen isolieren, bis es sich an das Völkerrecht hält. Die Strategien des Boykotts, des Desinvestierens und der Sanktionen sind unserer Ansicht nach wirksame Formen des kreativen Widerstands, die in der Logik der Liebe und Gewaltlosigkeit verwurzelt sind, wie sie in unserem ursprünglichen Dokument bekräftigt wird.“

Wiltrud Rösch-Metzler ist Journalistin und Vorsitzende von pax christi Rottenburg-Stuttgart.

„Wenn du Frieden willst, schaffe Institutionen des Friedens“

Ghislain Le Ray und Farah Sakr

Visionen zur Stärkung der Vereinten Nationen

Das Projekt „Neue Grundlagen – New Foundation“ von Pax Christi International entstand aus einer ernüchternden Beobachtung: Die derzeitigen internationalen Institutionen, insbesondere das System der Vereinten Nationen, sind zunehmend gelähmt und unfähig, die anhaltenden Kriege und sozialen und ökologischen Krisen auf koordinierte und friedliche Weise zu bewältigen. Und die Stimmen der Zivilgesellschaft haben Mühe Gehör zu finden.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Projekt dazu verpflichtet, die Architektur und Funktionsweise internationaler Institutionen zu überdenken, um diesen Stillstand durch strukturelle Reformen zu überwinden, die Frieden, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen. Ganz im Sinne der Feststellung von Papst Leo XIV: „Wenn du Frieden willst, schaffe Institutionen des Friedens“.

Mit dem Ziel einer grundlegenden Neudefinition von innerem Frieden und der Förderung des Friedens durch die Institutionen wurde 2024 die New Foundation Group gegründet. Sie ist mit pax christi Frankreich verbunden und wird von zahlreichen Organisationen unterstützt, darunter Pax Christi International, vertreten bei der UNESCO, dem Europarat und der UNO in Genf, sowie u. a. pax christi Flandern und pax christi Kamerun.

Aktueller Stand

Die Arbeit der New Foundation Group hat insbesondere zu „New Foundation of International Institutions“ geführt, einem umfassenden Text, der 13 Vorschläge für eine institutionelle Erneuerung enthält. Diese Reformen befassen sich mit dem veralteten Charakter des derzeitigen UN-Systems, seiner mangelnden Repräsentativität und Legitimität sowie seiner

Unzulänglichkeit bei der Bewältigung transnationaler Probleme wie Kriege, diplomatische Spannungen, wirtschaftliche Herausforderungen, Klimawandel, Pandemien und Bedrohungen der Cybersicherheit.

Der Text gliedert sich daher in fünf Schlüsselthemen:

1. Verbesserung der Wirksamkeit von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats durch die Einführung von Maßnahmen wie dem Verbot von Waffenverkäufen an nicht-konforme Staaten
2. Stärkung der Rolle des UN-Generalsekretärs und der UN-Generalversammlung, um Blockaden des UN-Sicherheitsrats in wichtigen Fragen von internationalem Frieden und Sicherheit zu vermeiden
3. Einschränkung des Vetorechts der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats durch Ausweitung des Geltungsbereichs von Artikel 27 der UN-Charta auf Fragen der internationalen Sicherheit und Friedenssicherung sowie Gewährleistung einer besseren Vertretung des Globalen Südens innerhalb dieser Institution
4. Stärkung der Stimme und des Einflusses von Nichtregierungsorganisationen innerhalb der UN, insbesondere durch die Einrichtung eines Verbindungsausschusses zwischen der UN und NGOs
5. Verbesserung der Umwelt- und Sozialstandards durch die Umsetzung rechtsverbindlicherer Sozial- und Umweltnormen und die Schaffung ständiger Institutionen für Umwelt- und Klimaschutz, die über die derzeitigen UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) und COPs (Weltklimakonferenz) hinausgehen.

Herausforderungen und der Weg in die Zukunft

Der Weg zur Umsetzung dieser Reform erfordert einen globalen Konsens, der unter den gegenwärtigen geopolitischen Umständen außerordentlich schwierig zu erreichen scheint.

Trotz dieser Herausforderungen stellt das „New Foundation-Projekt“ eine wichtige Debatte über die Zukunft der internationalen Zusammenarbeit dar und befasst sich mit der dringenden Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Die Vorschläge für eine internationale institutionelle Reform sind nun auf der Website von PCI verfügbar und können über eine Petition auf der Website der französischen Nationalversammlung unterzeichnet werden.

Mobilisierungsstrategie

Erfolg erfordert einen vielschichtigen Ansatz, der Interessenvertretung, öffentliche Aufklärung und diplomatisches Engagement kombiniert. Die „New Foundation Group“ hat strategische Partnerschaften mit NGOs und Thinktanks, religiösen Institutionen, der UNO und anderen Gremien (UNESCO, Europarat und Europäisches Parlament) sowie sympathisierenden politischen Einrichtungen aufgebaut. Die intellektuelle Grundlage des Projekts wird durch aktuelle Veröffentlichungen weiterentwickelt, darunter Analysen des Internationalen Gerichtshofs zur Verantwortung für den Klimawandel vom Juli 2025, der Initiative „Uniting for Peace“ vom September 2025 und der Vorschläge zur Rationalisierung der UNO vom Oktober 2025.

Angesichts der zunehmenden globalen Herausforderungen lautet die grundlegende Frage nicht mehr, ob internationale Institutionen reformiert werden müssen, sondern ob die Menschheit den kollektiven politischen Willen besitzt, die Global Governance für das 21. Jahrhundert neu zu gestalten. Das Projekt „New Foundation“ liefert einen konkreten Fahrplan; die Verwirklichung dieser Vision hängt von Bürger:innen, Organisationen und Führungskräften ab, die sich für den Aufbau einer gerechteren, effektiveren und friedlicheren internationalen Ordnung einsetzen.

Ghislain Le Ray und Farah Sakr sind die Koordinator:innen der New Foundation Group.





Auf dem Ostermarsch in Bruchköbel: Thomas Hess, Egon Jöckel und Inga Müller (v.l.)

„Couragiert widerständig“

Joachim Haas-Feldmann

Für die Basisgruppe Gelnhausen gilt das schon seit einem Vierteljahrhundert

„Couragiert widerständig“ lautet das Motto der Ökumenischen FriedensDekade 2026. Bis zu den Aktionstagen im November ist es zwar noch eine Weile hin. Aber die pax christi-Basisgruppe im hessischen Gelnhausen hat mit Vorüberlegungen fürs Programm längst begonnen. „Couragiert widerständig“ – so lässt sich auch ihr langjähriges Engagement treffend überschreiben. Einer Gruppe, die rund ein Dutzend Aktive umfasst, in der Geburtsstadt von Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen, der im „Simplicissimus“ die Grausamkeit des Dreißigjährigen Kriegs und die Sehnsucht nach Frieden darstellt.

Seit dem Jahr 2000 engagiert sich die Gruppe aus dem Diözesanverband Fulda in der FriedensDekade. Anfangs mit einem Friedensgebet, in den Folgejahren rasch mit einem für Gelnhausen typischen Netzwerk aus Kirchengemeinden, diakonischer Flüchtlingshilfe, örtlichem Weltladen, Amnesty International und weiteren Initiativen. Ähnlich gilt das für den Verein „Hand aufs Herz Gelnhausen“, der beispielsweise

mit Mahnwachen, Verteilen von Solidaritätsschleifen und Öffentlichkeitsarbeit gegen Demokratiefeind:innen und Populist:innen ankämpft – mit Beteiligung von pax christi.

Die FriedensDekade in Gelnhausen erfährt immer wieder neue Impulse. 2025 sorgte dafür vor allem das Grimmelshausen-Gymnasium in der Stadt, auf halbem Weg zwischen Frankfurt und Fulda. Dazu gehörten ein Gedankenaustausch mit dem Friedenspreis-Referenten vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels und ein szenisches Theaterstück sowie ein Gestaltungsworkshop zum Schicksal einer jüdischen Familie im Nationalsozialismus. Dieses Schulprojekt „Vergiss-mein-nicht“ plant die Basisgruppe für die FriedensDekade 2026 wieder mit ein. Mit einer engagierten Lehrerin möchte das Netzwerk 2026 abermals zusammenarbeiten; sie hatte Jugendliche aus der zehnten und elften Jahrgangsstufe unter anderem zu einer aufwendig recherchierten und mit Fachleuten zusammen künstlerisch gestalteten Graphic Novel ermuntert. Durch



Abschlussgottesdienst der Friedensdekade

diesen regelmäßigen Kontakt erhofft sich die alternde Basisgruppe einen engeren Kontakt zum Nachwuchs.

Die Graphic Novel dreht sich um Lotte Sondheimer. Ihr wurde im November 2025 ebenso gedacht wie den anderen Mitgliedern ihrer jüdischen Familie. Stolpersteine vor deren ehemaliger Familienvilla waren ein würdiger Gedenkort auf einem Stadtpaziergang in Erinnerung an NS-Opfer – ein in Gelnhausen üblicher Teil der Erinnerungskultur in einer Stadt, die sich im Jahr 1938 ungewöhnlich früh schon als „judenfrei“ erklärt hatte.

Die pax-christi-Basisgruppe lud während der Friedensdekade zu einem Bericht über eine Begegnungsreise nach Auschwitz und Krakau ein, die im Sommer zuvor stattgefunden hatte. Für die „Nothilfe Gaza“, von medico international bestimmt, war der Erlös eines von ihr hauptverantwortlich initiierten Solidaritätssessens. Das hat in Gelnhausen eine langjährige Tradition. Thematisch passend dazu informierte der örtliche Weltladen über das Fairhandelsprojekt „Conflictfood“ mit importierten Lebensmitteln direkt aus Konflikt- und Kriegsregionen sowie Informationen über diese Länder – so Afghanistan, die Ukraine, Palästina, Myanmar, Kambodscha und Mosambik.

Gemeinsam essen, trinken und Gespräche führen, das ist der Basisgruppe auch immer dann wichtig, wenn sie sich zu ihrem Treffen in der Altstadt zusammenfindet. Familiär geht es dann am großen Tisch zweier Mitglieder zu, die meist die Gastgebenden sind. Die freundschaftlichen Bande seien es, welche die Basisgruppe in ihrem Kern seit Jahren stabilisiere. Getragen sicher auch von der Solidarität und der Beständigkeit der Geistlichen in der katholischen Kirche St. Peter und der evangelischen Marienkirche – zugleich selbstverständlich Orte der täglichen Kontemplation während der Aktionswoche um Buß- und Bettag.

Bestand hat in Gelnhausen die ehemalige Synagoge. Sie überstand die Reichspogromnacht 1938 weitgehend unbeschadet; zu dieser Zeit lebten bereits keine Jüdinnen und Juden mehr in der Stadt. Sie ist seit 1986 eine kulturelle Begegnungsstätte in städtischem Besitz. Das benachbarte Rabbinerhaus rettete eine Privatinitiative 2024 vor dem Verkauf durch die Stadt. Ein eigens entstandener Verein will daraus einen Gedenk- und Lernort machen, in dem die jüdische Vergangenheit in Gelnhausen beleuchtet und ein Klima von Toleranz und Menschenwürde gefördert werden soll. In der FriedensDekade 2026 soll der Förderverein Rabbinerhaus erstmals zu den Mitveranstaltern zählen, hat sich die pax christi-Basisgruppe vorgenommen.

Das alles passt gut zusammen mit dem, was die ökumenische Aktion FriedensDekade für die Aktion vom 8. bis 18. November 2026 propagiert: Es soll zu „einer aktiven, gewaltfreien Gegenwehr gegen Unrecht, Hass und Gewalt“ ermutigt werden, wie die Organisierenden erklärten.

Beim ökumenischen Schöpfungstag in Gelnhausen-Meerholz



Joachim Haas-Feldmann ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion.

Liebens- würdig und engagiert

Christian Wilhelm

Nachruf für Marianne Kurek

Marianne Kurek, geboren am 4. September, ist nach längerer Krankheit am 3. September 2025 verstorben. Sie war von 1990 bis zum Jahr 2001 Geschäftsführerin der pax christi-Regionalstelle Ost in Leipzig.

Marianne war eigentlich grafische Künstlerin. Sie hat zu DDR-Zeiten viele Jahre für den katholischen St.-Benno-Verlag als Grafikerin gearbeitet. Sie war aktives Mitglied des ökumenischen Friedenskreises, der für die Friedensgebete in der Nikolaikirche verantwortlich war. Nach 1989 entschieden sich die katholischen Mitglieder dieses Friedenskreises, Mitglied in pax christi zu werden. Es gelang, Marianne als Geschäftsführerin zu gewinnen, die dann über eine ganze Dekade bis zu ihrem Ruhestand die Regionalstelle mit aufgebaut und nach außen vertreten hat.

Ohne sie wäre der Name von pax christi in den ostdeutschen Bundesländern ein Fremdwort geblieben. Die Finanzierung der Geschäftsstelle gelang nur durch eine große Solidaritätsaktion innerhalb unserer Bewegung. So haben einige Mitglieder einen größeren Geldbetrag bereitgestellt, über dessen Zinsertrag Marianne teilweise finanziert werden konnte. Der andere Teil kam durch Spenden anderer Bistumsstellen zustande.

Unvergessen muss bleiben ihr Einsatz für Geflüchtete. Sie war ja selbst als Kind ein Flüchtling, da ihre Mutter mit ihr 1944 aus Breslau fliehen musste. Sie wusste wie es sich anfühlt, heimatlos zu sein. Marianne hatte durch mehrere schwere Schicksalsschläge kein einfaches Leben. pax christi, die Glaubensgemeinschaft in der Kirche und die tiefe Verwurzelung in Literatur und Kunst verliehen ihr Kraft und gaben ihr Halt. Bis zum Schluss hat sie gemalt – trotz ihrer schmerzenden Hände, mit denen sie wegen des heftigen Rheumas kaum noch den Pinsel halten konnte.

Als persönlichen Dank füge ich ein Bild von ihr an, das sie mir zu meinem 50. Geburtstag geschenkt hat. Wir haben ihrer liebenswürdigen und engagierten Art viel zu verdanken.



Christian Wilhelm ist Seniorprofessor für Algenbiotechnologie an der Universität Leipzig und Geschäftsführer der pax christi-Regionalstelle Ost.



Universalismus als Menschheitsethos

Werner Höbsch

Woher nehme ich Zuversicht angesichts einer düsteren politischen Lage und einer UNO, die kaum noch fähig ist, ihren völkerrechtlichen Auftrag, Kriege zu beenden und Menschenrechtsverletzungen Einhalt zu gebieten, zu erfüllen? Im ‚moralischen Universalismus‘. Hans Joas hat ihn jüngst in einem voluminösen Werk hergeleitet. Er findet einen in der Geschichte gewachsenen interkulturellen Wertekonsens: Menschen aller Kulturen berufen sich auf gleichlautende Rechte. Auch wenn Staaten heute versagen, leben zivilgesellschaftliche soziale Bewegungen diese Hoffnung, sie werden vom Ethos der Gewaltfreiheit geleitet. In dieser, vielleicht schwachen, Hoffnung finde ich mich wieder.

Mir ist einsichtig, dass internationale rechtliche Überzeugungen und Ordnungen wie Völkerrecht und Menschenrechte in der Reflexion geschichtlicher Erfahrungen entwickelt wurden. Menschen mit einer Vision von Gerechtigkeit und Frieden, von Versöhnung und Gewaltfreiheit wie biblische Propheten und Jesus, Mahatma Gandhi und Martin Luther King standen mit beiden Beinen auf der Erde, gezeichnet von Armut und Unrecht, Unterdrückung und Gewalt. Motiviert wurden sie von der Überzeugung eines ‚moralischen Universalismus‘, der Menschen über Grenzen hinweg zum solidarischen Handeln anleitet – in Verantwortung gegenüber jetzigen und künftigen Generationen. Das ist nicht allein ein akademisches Projekt, sondern ein ‚schöpferisches‘, und es muss sich in der Praxis bewähren.

Zu lernen ist von biblischen Propheten, ihrer Herrschaftskritik und ihrer Forderung, Fesseln des Unrechts zu lösen, jedes Joch zu zerbrechen, mit Hungrigen Brot zu teilen, Obdachlose aufzunehmen und sich Notleidenden nicht zu entziehen. (Vgl. Jes 58,6f) In dieser Tradition steht Jesus von Nazareth. Und so versuche ich, Maß zu nehmen am Ethos Jesu und seiner gewaltfreien Praxis der Nächsten- und Feindesliebe.

Der Friede Christi, pax christi, ist ein ‚unbewaffneter und entwaffnender‘ Friede (Papst Leo XIV). Er soll Denken und Handeln nicht nur von Christinnen und Christen prägen. Das Anliegen eines ‚moralischen Universalismus‘ bedarf zivilgesellschaftlicher Initiativen wie pax christi, die nicht aufgeben, ihre Stimme gegen den Irrsinn von Gewalt und Rechtlosigkeit zu erheben, und einander ermutigen in ihrem Engagement für den Frieden.

Das ist kein abgeschlossenes Projekt. Rückschläge bedeuten nicht Scheitern, wie auch Demokratie nicht obsolet wird durch Antidemokraten, Menschenrechte nicht hinfällig werden durch ihre Verletzungen und der Einsatz für Frieden nicht durch Kriege und Gewalt aufgegeben wird.

Dr. Werner Höbsch ist Mitglied der Kommission Christlich-Muslimischer Friedensdialog und Vorsitzender des Trägervereins der Karl-Rahner-Akademie Köln.

„Hab Mut, steh auf!“ Katholikentag 2026 in Würzburg

13. – 17. Mai 2026

pax christi wird sich mit folgenden Werkstätten und einem Stand auf der Kirchenmeile in Würzburg beteiligen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



Dialog im täglichen und gesellschaftlichen Miteinander

Zuhören, gegenseitiges Verstehen und Empathiefähigkeit üben

Vorbereitet von: Kommission Aktive Gewaltfreiheit

Aktive Gewaltfreiheit? Vom Mut für ein friedvolles Miteinander.

Und wie geht das?

Vorbereitet von: Kommission Aktive Gewaltfreiheit

Deutsche Waffen in alle Welt?

Erste Bilanz der Rüstungsexportpolitik unter Kanzler Merz

Vorbereitet von: Kommission Rüstungsexporte

Besatzung, Landnahme und Vertreibung

Christ:innen aus dem Heiligen Land berichten

Mit: Daoud Nasser und Nabila Espanioly

Vorbereitet von: Kommission Nahost

Wie hoch darf der Preis der Freiheit sein?

Auf der Suche zwischen Friedensutopie und Säbelrasseln

Mit: Odilo Metzler, pax christi-Bundesvorsitzender, und Ulrich Schäffer, Oberstleutnant, Bundesvorsitzender der Gemeinschaft katholischer Soldaten

Vorbereitet von: Gemeinschaft katholischer Soldaten und pax christi – Deutsche Sektion e.V.